

LESERBRIEF

MT 2. 6. 17

Andersdenkende nicht willkommen?

Betrifft *Bürgerinitiative*
„Exit 233“.

„Am 12.5. ist in Meppen der Verein pro E233 gegründet worden. Und er tritt gleich mit der Behauptung auf, die ‚schweigende Mehrheit der Menschen in der Region sei für den Ausbau der Straße‘. Im nächsten Satz heißt es, der Verein wolle eine ‚positive Grundstimmung schaffen‘.

Wenn die Behauptung stimmen würde, wäre der Verein überflüssig, denn dann wäre doch eine positive Stimmung schon vorhanden. Das ist allerdings nach dem Eindruck unserer Bürgerinitiative ‚Exit 233‘ nicht so!

Dann heißt es, der Verein wolle ‚zur Versachlichung der Argumentation beitragen‘. Unterstellt wird damit, die Argumente der Gegner seien unsachlich und falsch. So einfach macht sich das unsere BI nicht. So haben wir eine Diskussionsveranstaltung durchgeführt, bei der ein Gegner und auch ein Befürworter ihre Positionen darstellen konnten [...]

Der Verein ‚pro 233‘ besteht dagegen überwiegend aus Vertretern der Wirt-

schaft. Diese füttern die Politiker mit ihren Ansichten und bilden mit ihnen mal wieder eine Allianz. Dazu passt es, wenn ein Logistikunternehmer dramatisierend sagt: ‚Wer schwer erreichbar ist, wird abgehängt.‘ Und Landrat Winter hilft gleich mit, indem er Kosten in Höhe von 719 Millionen nennt und Preissteigerungen ‚nicht ausschließt‘, wobei er doch weiß, dass Fachleute die Kosten schon jetzt auf über 900 Millionen Euro schätzen [...].

Und nun soll auch noch der Meppener Stadtrat darüber entscheiden, ob die Stadt diesem Verein beitrifft (mit monatlichem Beitrag!). Wenn dieser Schritt erfolgt, wird jedem Bürger die Verflechtung von Unternehmen und Politik klar. Denn selbst wenn Politiker für den Autobahn-Ausbau sind, sollten sie doch alle Bürger vertreten und nicht einen einseitigen Interessenverein, in dem Andersdenkende nicht willkommen sind.

Der Verein stellt weiter fest, dass täglich über 5000 Lkw die E 233 befahren würden und die Verkehrssituation unbefriedigend sei. Dem

stimmen wir zu. Nur gehört zur ganzen Wahrheit auch, dass mindestens zwei Drittel der Lkw zum internationalen Transitverkehr gehören und die Gesamtzahl doch gerade deshalb so hoch ist, weil die internationalen Industrie- und Logistikunternehmen ihre Lkw auf diese Straße schicken, obwohl sie die vorhandenen Autobahnen nutzen könnten. Aber dort müssten sie Mautgebühren zahlen.

Wenn jetzt also Wirtschaftsvertreter und Politiker die Verkehrssituation beklagen, kann man das wohl zynisch nennen, denn sie haben die Situation herbeigeführt, lassen sie weiter zu und wollen uns nun einreden, dass es nur eine Alternative gibt, nämlich die Autobahn.

Aber der Nutzen des Ausbaus der E 233 zu einer Autobahn [...] steht nach unserer Ansicht in keinem Verhältnis zu den Kosten und negativen Folgen für Menschen und Landschaft in dieser Region.“

**Die Sprecher
der Bürgerinitiative
Helga Boven-Janßen
Karsten Osmers
Otto Quaing**